

Europaweite Demos

In der Bundesrepublik gab es am Samstag den 29. 09. 2012 einen bundesweiten Aktionstag zum Thema >Umfairteilen – Reichtum besteuern<.

Aufgerufen haben neben attac, Campakt, ver.di, verschiedene andere Nichtregierungsorganisationen (siehe Bild unten). Auch die Linke hat aufgerufen.



Auf den fahrenden Zug aufgesprungen sind die SPD und die Grünen. Also die beiden Parteien, deren Politik, unter dem Kanzler Schröder, die extreme Umverteilung von unten nach oben erst ermöglichte. Außerdem deregulierte diese Koalition, unter der Federführung des aktuellen Kanzlerkandidaten der SPD Steinbrück, die Finanzmärkte und trug somit ihren nicht geringen Teil dazu bei, dass die Finanzkrise eskalierte.

Als wäre das alles vergessen, stellt sich diese kreidefressende „Charaktermaske“ jetzt hin und fordert die Regulierung der Finanzmärkte und bei den Banken die Trennung der Investmentbereiche von den Privatkunden. Mit diesem Kandidaten will die SPD in den Wahlkampf zur Bundestagswahl 2013 gehen, setzt auf eine Koalition mit den Grünen und wenn das nicht reicht auf eine Ampelkoalition, also auch auf die FDP, die Partei, die gegen jede Beteiligung der Vermögenden an der Krisenbewältigung eintritt.

Erwarten können die Menschen von dieser Politik genau so wenig wie von der aktuellen Koalition, also so weiter wie bisher und noch läuft es ja für die Bundesrepublik gar nicht so schlecht. Die Menschen, die bereits aussortiert sind, fast drei bis vier Millionen Langzeitarbeitslose oder in irgendwelche Maßnahmen Abgeschobene, bilden zwar das Potenzial für einen Widerstand aus der Bevölkerung, sind aber durch Jahrzehnte der Manipulation zu verunsichert und eingeschüchtert oder auch durch zu viel geistige Umweltverschmutzung durch die Medien (insbesondere das Fernsehen) abgefüllt, um wirklichen Widerstand gegen eine Politik der Ausbeutung und Umverteilung von unten nach oben zu leisten. Und warum sollte die Wirtschaft auf eine Kopie setzen, wenn ihre aktuellen Lobbyisten in der Regierung in ihrem Sinne eine gute Arbeit leisten? (Vielleicht um die Menschen wieder in die Irre zu führen und Hoffnungen und Illusionen zu wecken?! Das funktioniert ja seit dem Ende des zweiten Weltkriegs in der Bundesrepublik ganz hervorragend.)

Anders sieht es in den südeuropäischen Staaten wie Griechenland, Portugal, Spanien und auch Italien aus. Dort gehen inzwischen zehntausende auf die Straßen und wehren sich gegen die Politik der Einsparungen bei Beschäftigten, Arbeitslosen und Rentnern, gegen eine Politik der Staatsverschulden und Verarmung der Kommunen und Anhäufung von Vermögen in privaten Händen, die einem großen Teil der Bevölkerung keine Zukunftsperspektiven mehr bieten kann.

Der aktuelle Reichtums- und Armutsbericht für Deutschland zeigt, dass selbst in Zeiten der Finanzkrise die Reichen noch reicher geworden sind. So besitzt das reichste Zehntel ein Vermögen von ca. 66 Prozent, das reichste Hundertstel ca. 35 Prozent, das reichste Tausendstel ca. 22 Prozent. Dagegen besitzen die unteren 50 Prozent der Bevölkerung gerade mal 1,4 Prozent des gesamten Vermögens. Der Vermögensstand der deutschen Bevölkerung liegt bei etwa 10 Billionen Euro. Die Staatsverschuldung hat die zwei Billionenmarke überschritten.

Deshalb die Forderung: **Umfairteilen – Reichtum besteuern** auf der Demo am 29.09. in verschiedenen Städten der Republik. Dieser Widerstand muss weiter entwickelt werden, gegen eine Politik nur für die Renditen der Konzerne und Finanzmärkte, wie sie die aktuelle Koalition betreibt.

Bei der Verflechtung von Politik und Wirtschaft in diesem Land ist offensichtlich, dass die Wirtschaft die Politik bestimmt, sie gekauft hat.

Zurzeit wird gerade Altkanzler Kohl gefeiert, der bis heute die Spenden der Wirtschaft an die CDU nicht offen gelegt hat und dafür immer noch nicht verurteilt ist, sondern als Kanzler der Einheit gefeiert wird. Dabei war er nur zufällig da und hat die ganze Sache einfach nur ausgesessen (wie er alles in seiner gesamten Amtszeit ausgesessen hat).

Auf Veranstaltungen, z.B. des Springer Verlags und der Bertelsmann Stiftung, die beide großen Einfluss nicht nur auf die deutsche Politik nehmen, treffen sich dann die „Eliten“ aus Wirtschaft und Politik und laden auch die sogenannten A-Promis ein, damit ein wenig Glamour in der Luft liegt und das Volk geblendet wird.

Ein aktuelles Beispiel zur Verflechtung von Wirtschaft und Politik ist in Berlin zu besichtigen. Da wurde eine unfähige und erfolglose Wirtschaftssenatorin (mit Anspruch auf 70.000 Euro Übergangsgeld) nach drei Monaten im Amt entlassen und gegen eine Pharmalobbyistin als Nachfolgerin ausgetauscht.

Hans-Wilhelm Meyer (Oktober 2012)

www.ausbruchsversuche.de